

# Löwenstein-Forschungsverein e.V.

Elektronischer Informationsrundbrief zur Wirkung und Bedeutung der Löwenstein'schen Pausa  
Hrsg. von Irene Scherer, Welf Schröter – Ausgabe vom 25. Juli 2023 – (pdf-Version anbei)

**+++ Wortlaut der Rede von Muhterem Aras, der Präsidentin des Landtages von Baden-Württemberg, anlässlich ihrer „Gedenkstättenreise 2023“ am 12. Juli 2023 in Mössingen**

**+++ Impressum / Datenschutz**

*Liebe Freundinnen und Freunde des Löwenstein-Forschungsvereins e.V.,*

in diesem Jahr wiederholt sich das Datum der Geburt von Harold Livingston, dem Sohn der Pausa-Mitbegründer Flora und Artur Löwenstein zum einhundertsten Mal. Mit diesem Datum deckt sich zugleich die diesjährige Gedenkstättenrundreise der Präsidentin des Landtages von Baden-Württemberg, Muhterem Aras. Mit ihrer Rundreise will Frau Aras die Erinnerungsarbeit von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Verwaltungen in Kommunen und Gemeinden Baden-Württembergs unterstützen. Die Rundreise erfolgt in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen LAGG, zu der auch der Löwenstein-Forschungsverein e.V. gehört. Als LAGG-Mitglied und als Mössinger Löwenstein-Forschungsverein e.V. danken wir Frau Aras für ihre besondere Geste des Besuches der „Forschungs- und Archivstelle Artur und Felix Löwenstein“. Diese Geste war von hervorgehobener Herzlichkeit geprägt und führte am Ende zu einer spontanen Umarmung von Muhterem Aras mit Irene Scherer, der Vorsitzenden des Löwenstein-Forschungsvereins. Bei ihrem Besuch am 13. Juli 2023 trug sich Frau Aras in das Gästebuch der „Forschungs- und Archivstelle Artur und Felix Löwenstein“ ein mit den Worten: „*Herzlichen Dank für Ihre unglaublich wichtige Arbeit, für Ihre Leidenschaft! Sie tragen dazu bei, dass [das] jüdische Leben in unserer Gesellschaft wieder sichtbar wird und den Platz bekommt, den sie verdient und der ihr gebührt! Muhterem Aras, Landtagspräsidentin*“ – Als LAGG-Mitglied und als Mössinger Löwenstein-Forschungsverein e.V. danken wir auch Frau Dr. Katrin Hammerstein vom Fachbereich Gedenkstättenarbeit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg für ihre loyale und aktive Unterstützung unserer Arbeit. – Wir möchten all jenen danken, die dazu beitrugen, den Versuch zum Scheitern zu bringen, den Löwenstein-Forschungsverein e.V. aus der „Gedenkstättenreise 2023“ herauszuhalten. – Nachfolgend veröffentlichen wir mit freundlicher Genehmigung des Landtagspräsidiums den Wortlaut der Rede von Muhterem Aras in Mössingen.

**+++ Wortlaut der Rede von Muhterem Aras, der Präsidentin des Landtages von Baden-Württemberg, anlässlich ihrer „Gedenkstättenreise 2023“ am 12. Juli 2023 in Mössingen**

**Wortlaut der Rede von Muhterem Aras, der Präsidentin des Landtages von Baden-Württemberg am 12. Juli 2023 in Mössingen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Bulander, ich danke Ihnen für Ihre einführenden Worte und die Einladung der Stadt Mössingen für den heutigen Abend. Vielen Dank für Ihre Gastfreundschaft! Ich freue mich sehr über die Anwesenheit meiner geschätzten Kollegin Frau Dr. Kliche-Behnke (SPD), der sehr geehrten Herren Bürgermeister aus den umliegenden Gemeinden, vieler Aktiver aus der Gedenkstättenarbeit, der Schülerinnen und Schüler, über die Anwesenheit von Ihnen Allen. Es freut mich sehr, dass Sie alle heute Abend hier sind und damit der Frage einen Raum geben, worin die Zukunft des Erinnerns liegt.

„Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Jener Ausspruch Bertolt Brechts ist ein Aufruf zur Zivilcourage. Ein Aufruf dazu, sich dem Unrecht entschlossen entgegenzustellen. Sich dem Unrecht entgegenzustellen, selbst wenn es sonst niemand tut. Sich dem Unrecht entgegenzustellen, ohne die Konsequenzen zu kennen. 1933 waren bei Ihnen, hier in Mössingen, große Teile des Dorfes im offenen Widerstand. Widerstand dagegen, dass ein erklärter Feind der Demokratie und bekennender Antisemit zum Kanzler des Deutschen Reiches ernannt worden war. Widerstand gegen einen Mann, der sofort nachdem ihm die Macht im Reich übertragen worden war, damit begann, mit seiner faschistischen Partei den Rechtsstaat zu zerschlagen, alle Staatsgewalt an sich zu reißen und politische Gegner zu verfolgen. Widerstand gegen einen späteren Diktator, der 12 Jahre lang ein Regime führte, das Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer Sexualität oder ihrer Behinderung entrechtete, erniedrigte, und ermordete. Widerstand gegen einen späteren Kriegstreiber, der nur 20 Jahre nach dem Schrecken des Ersten Weltkrieges Europa erneut in Schutt und Asche legte. Widerstand gegen einen Rassisten und Antisemiten, der mit willigen Helferinnen und Helfern das erklärte Ziel verfolgte, das jüdische Leben in Deutschland, Europa und der Welt auszurotten.

Am Ende der nationalsozialistischen Diktatur 1945 stehen unfassbare Opferzahlen und damit Schicksale von Millionen getöteter Menschen und ihrer Familien. Über sechs Millionen Jüdinnen und Juden, bis zu 500.000 Sinti und Roma, ebenso Mitglieder der Zeugen Jehovas, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, Kriegsdienstverweigernde, genauso wie Oppositionelle und Menschen aus dem aktiven und passiven Widerstand. Insgesamt haben die NS-Diktatur und der Zweite Weltkrieg über 70 Millionen Menschen das Leben gekostet. Darunter jene, die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern des deutschen Reiches ermordet wurden. Als die alliierten Befreier in den KZs eintrafen, erwartete sie der Anblick der Hölle. Ausgemergelte, teils sterbenskranke Überlebende und Berge, Berge, Berge von Leichen.

Einer der Befreier des KZs Bergen-Belsen war der britische Soldat Harold Livingston, geboren in Stuttgart unter dem Namen Helmut Löwenstein. Die Nazis hatten ihn und seine Familie ins Exil getrieben, als Helmut 13 Jahre alt war. Sein Vater Artur und sein Onkel Felix Löwenstein hatten hier in Mössingen die Textilfirma Pausa gegründet, in der Helmut manchmal spielte und die später „arisiert“ wurde. Der Generalstreik von 800 Menschen im damals kleinen Dorf Mössingen, einem Fünftel der dortigen Bevölkerung, war beispiellos. Beispiellos in Württemberg, beispiellos im Deutschen Reich, beispiellos in der NS-Widerstandsgeschichte.

Anna Renz, eine Streikteilnehmerin und Arbeiterin in der Firma Pausa, fasste diese Beispiellosigkeit so zusammen: „Da ist nirgends nichts gewesen – außer hier.“ Nirgends nichts, außer hier. Was muss das für eine erschreckende Erkenntnis für die Streikenden gewesen sein. Sie waren dem Aufruf der KPD nach einem reichsweiten Generalstreik gefolgt, um die Infrastruktur lahmzulegen und das Hitler-Regime zum Rücktritt zu zwingen. Die Ziele Adolf Hitlers waren bekannt. Der Eroberungskrieg im Osten, der „Rassenkampf“, die Abschaffung des Parlamentarismus durch einen „germanischen Führerstaat“, all das hatte er angekündigt. All das sollte ein reichsweiter Streik verhindern. Außer hier in Mössingen jedoch gab es nirgendwo sonst einen so großen Widerstand zu Beginn der Diktatur. „Da ist nirgends nichts gewesen außer hier.“ So hieß auch die Veröffentlichung einer Forschungsgruppe von der Universität Tübingen, die das Gedenken an den Mössinger Generalstreik ins Rollen brachte, Jahrzehnte danach. Denn so laut die Trommeln und Pfeifen am Tag des Streiks dröhnten, so energisch die Appelle waren, sich anzuschließen, so laut die Tumulte auf den Firmengeländen wurden, so leise schwieg man über den Streik, jahrelang: Dass die alten Gräben und alten Wunden aufgerissen wurden, das war für viele Einwohnerinnen und Einwohner Mössingens sehr hart! Mössingen ist ein Beispiel dafür, wie aufreibend die Aufarbeitung der eigenen Geschichte für eine Gemeinde sein kann. Aber diese Aufarbeitung ist notwendig für ein aufrichtiges Zusammenleben.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Bulander, Sie haben von diesem teils leidvollem und schwierigen Prozess in Mössingen erzählt. Heute Abend sind auch Nachfahren der Streikenden hier. Für Sie war die Auseinandersetzung um das Gedenken Ihrer Vorfahren sicherlich besonders bewegend. Und für Sie war es gut und wertvoll, dass Ihre teils nahen Verwandten in einem

Rechtsstaat rehabilitiert wurden und ihre Leistung im Nachhinein gewürdigt wurde. Danke, dass auch Sie heute Abend hier sind.

Meine Damen und Herren, wie erinnern wir auch künftig an das Leid, den Tod und das Verderben, das der Nationalsozialismus hervorbrachte, an die Menschen, die ihm zum Opfer fielen, und an jene, die sich ihm widersetzen? Wie vermitteln wir auch künftigen Generationen, dass sie die Ereignisse von damals auch fortan betreffen? Dass der heutige Abend diesen Fragen nachgeht, begrüße ich sehr. Besonders, weil wir in einer Zeit leben, in der die Erinnerungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen verlöschen. Immer weniger Menschen können Zeugnis ablegen von Unrecht, Willkür und Vernichtung durch den Nationalsozialismus und seiner Vollstrecker. Und gleichzeitig erleben wir, dass Millionen von Menschen auf der ganzen Welt Rechtsextremismus und Faschismus als eine legitime politische Haltung betrachten. Das macht mich fassungslos.

Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Besonders deutlich zeigen das die Terroranschläge in Halle von 2019 und Hanau von 2020, sowie der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke. Die Gefahr zeigt sich auch in mehreren bedrohlichen Fackelaufmärschen vor den Wohnhäusern von Politikerinnen und Politikern. Die Gefahr zeigt sich in den Plänen der extremistischen „Querdenker“-Bewegung, den Bundesgesundheitsminister zu entführen oder gar den Umsturz der Bundesrepublik durchzusetzen. All diese Taten bilden die alarmierende Spitze eines gewaltigen Eisbergs, der sich nicht zuletzt tief ins Internet erstreckt. Dort häufen sich rechtsextreme Hasskommentare, Online-Drohungen und Mordaufrufe. Hier ist die Härte des Rechtsstaates gefragt. Unsere Demokratie ist schutzbedürftig. Schutzbedürftig gegen Angriffe von außen wie von innen.

Was mich ebenfalls beunruhigt, laut Studien der Universität Leipzig sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung nimmt die Zufriedenheit mit der deutschen Demokratie in der Bevölkerung ab. Und auch andere Entwicklungen sind beunruhigend. Ein geringer, aber nicht zu unterschätzender Teil der deutschen Gesellschaft wünscht sich die Macht gebündelt bei einer einzelnen, starken Führungsfigur. Extremistische Milieus hierzulande werden zwar kleiner, sie radikalisieren sich aber zunehmend. Antisemitische Übergriffe, rechtsextreme Straftaten und Hassverbrechen allgemein, haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Besonders vor dem Hintergrund unserer Geschichte müssen uns diese Entwicklungen wachrütteln. Deshalb gedenken wir, um die Gefahren für unsere Demokratie rechtzeitig zu erkennen. Um den Blick für das Heute zu schärfen. Immer mehr Menschen sind bereit, eine rechtsextreme Partei zu wählen, und nur die Hälfte der Deutschen schließt laut einer Umfrage aus, eine rechtsextreme Partei jemals zu wählen. Rechtsextremistische Organisationen haben es in einzelne Rathäuser, Landratsämter und in die Parlamente der Bundesrepublik geschafft. Wer sich aber, etwa bei Wahlen, für eine Gruppierung entscheidet, die vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wird, die gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung arbeitet, wer das unterstützt, trifft eine bewusste Entscheidung gegen unsere Demokratie.

Wer diese Entscheidung als Protest abtut, der stiehlt sich aus der Verantwortung als Wählerin und Wähler, der verharmlost die Demokratiefeindlichkeit, die von solchen Gruppierungen ausgeht. Und wer sich als Politikerin oder Politiker nicht glasklar von diesen Gruppierungen abgrenzt, wer sich weigert, parteiübergreifend geschlossen zu stehen gegen Hetze und Hass, der stiehlt sich aus seiner Verantwortung als Demokratin und Demokrat. Es braucht auf der Ebene der Politik eine klare Abgrenzung.

Demokratie braucht kein parteitaktisches und machtpolitisches Kalkül, Demokratie braucht leidenschaftliche Verteidigerinnen und Verteidiger. Vor allem braucht sie genügend Rückhalt in der Bevölkerung. Die Weimarer Republik, die erste deutsche Demokratie scheiterte, weil nicht genügend Menschen sie gegen die Angriffe von innen wie außen verteidigten. Deshalb gedenken wir, um die Fehler von einst nicht zu wiederholen.

Meine Damen und Herren, Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes garantiert uns heute sogar das Recht auf Widerstand. Widerstand gegen jeden, der es unternimmt, die freiheitlich-demokratische

Grundordnung zu beseitigen, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Falls also eines Tages unsere demokratischen Bemühungen versagen, und Unrecht wieder zu Recht werden sollte. Lassen wir es dazu nicht kommen! Artikel 20 Absatz 4 ist das Erbe der Menschen im NS-Widerstand, vom Mössinger Generalstreik über Georg Elser, die jungen Menschen der Weißen Rose bis zum Attentat des 20. Juli. Es ist das Erbe Tausender Menschen, die im Dritten Reich im Widerstand waren.

Jährlich lädt der Landtag von Baden-Württemberg ein, um am 27. Januar aller Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Jedes Jahr liegt der Schwerpunkt der Gedenkfeier auf einer anderen Opfergruppe. Dieses Jahr waren es die Menschen, die Widerstand leisteten. Wir gedachten ihrer und ihrem unerschütterlichen Mut. Leider versuchen Rechtsextreme, politischen Profit aus dem Ansehen von Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfer zu schlagen, indem sie sich selbst so inszenieren. Indem sie so tun, als befänden wir uns heute in Unfreiheit. Als Demokratin beschäftigt mich in diesem Kontext die oft leichtfertige Verachtung, die unserer parlamentarischen Demokratie entgegengebracht wird. Wie fahrlässig Begriffe wie Diktatur oder Vergleiche mit der NS-Zeit herangezogen werden. Oder wie schnell von Denk- und Sprechverboten die Rede ist. Ein unsägliches Beispiel waren jene Demonstrierende der Querdenker-Bewegung, die sich während der Pandemie mit Anne Frank verglichen haben. Anne Frank, die mit 15 Jahren im KZ Bergen-Belsen starb. Oder jene, die sich mit Sophie Scholl verglichen haben. Sophie Scholl, die vor 80 Jahren mit dem Fallbeil hingerichtet wurde. Solche Aussagen verharmlosen den NS-Terror und verhöhnern die Opfer. Zugleich verleumden sie unsere demokratische Gesellschaft. Beides ist völlig inakzeptabel. Wir als demokratische Gesellschaft dürfen Rechtsextremen nicht die Deutungshoheit über Freiheit und Widerstand überlassen! Deshalb gedenken wir, um diese unsäglichen Vergleiche richtig einzuordnen und die Verhöhnung und Verharmlosung beim Namen zu nennen. Um die zu würdigen, die für unsere Werte eingetreten sind.

Liebe Gäste, heute Abend geht es um die Zukunft des Erinnerns. Deshalb freue ich mich besonders, dass Schulklassen da sind. Denn sie tragen die Erinnerung am weitesten in die Zukunft. Liebe Schülerinnen und Schüler, Sophie Scholls Bruder, Hans Scholl, hat Widerstand einmal so beschrieben: „Nicht: Es muss etwas geschehen. Sondern: Ich muss etwas tun!“ Jede und jeder von uns hat die Kraft, etwas zu unserer Demokratie beizutragen. Das fängt damit an, tolerant zu sein, und gegen Ausgrenzung die Stimme zu erheben. Der Rechtsextremismus ist deshalb so gefährlich, weil er verneint, dass alle Menschen gleich sind an Würde. Wenn ihr im Alltag Rassismus oder Antisemitismus mitbekommt. Sagt etwas, schaut nicht weg! Hier, im Quenstedt-Gymnasium hat die Schule ein wunderschönes Leitbild formuliert. Darin steht: „Demokratische Grundsätze und humanistische Wertorientierungen bestimmen unser Handeln.“ Euch sind ein respektvolles, tolerantes und wertschätzendes Miteinander wichtig, und die Fähigkeit, sich in andere hineinzusetzen. Auch die Würde aller am Schulleben beteiligten, unabhängig von Funktion, Alter, Leistung, Aussehen, Herkunft und Geschlecht. Ich finde es einfach großartig, dass ihr für diese Werte einsteht. Genau diese Werte sind die Lehre aus unserer Geschichte. Was mich an eurem Leitbild besonders gefreut hat, ist auch folgender Anspruch: Ihr wollt die Fähigkeit erlangen, als mündiger Staatsbürger am politischen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Klasse. Ihr habt dazu zahlreiche Möglichkeiten. Tretet einer demokratischen Partei oder ihrer Jugendorganisation bei, geht wählen oder stellt euch selbst zur Wahl auf, wenn es das Wahlalter erlaubt. Egal, was ihr tut, setzt euch weiterhin für demokratische Grundsätze ein und behaltet ihre Geschichte im Gedächtnis. Ich bin jeder und jedem Einzelnen dankbar, der sich der Verantwortung aus der Vergangenheit annimmt und im Heute engagiert.

Eine großartige Möglichkeit ist die Ausbildung zum Jugendguide in Gedenkstätten, wie sie von der Landeszentrale für politische Bildung und hier im Kreis Tübingen angeboten werden. Liebe Lisa Wilke, liebe Anna Pytlik, lieber Jérôme Seibert, ich freue mich sehr, nachher auf dem Podium von euren Erfahrungen und Ideen zu hören, wie ihr die Zukunft des Erinnerns seht. An dieser Stelle auch schon einmal einen großen Dank an den Jugendguide Benjamin Merkt, der mich morgen durch das Mahnmal der KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen führen wird. Ich danke allen, die solche Gedenkarbeit lehren, leisten und fördern.

Mit dem Format einer Gedenkstättenreise bin ich seit 2018 im Land unterwegs, um die engagierten Menschen und ihre Gedenkarbeit kennenzulernen, um sie wertzuschätzen und zu unterstützen, um neue Ideen und Formate zu erfahren, wie man die Erinnerung vor dem Verblässen bewahrt. Die Gedenkstättenreisen haben mich unter anderem nach Albstadt geführt, zur Stauffenberg-Gedenkstätte, auch hier stand im Fokus der Widerstand. Die Gedenkstättenreisen führten mich auch zur KZ-Gedenkstätte Bisingen.

Liebe Frau Dr. Mayer, ich freue mich, Sie als Vorsitzende des Gedenkvereins wiederzusehen und gleich Ihren Bericht zu hören, was sich seither in der Gedenkpädagogik getan hat. Dieses Jahr ist Mössingen die erste Station meiner Gedenkstättenreise. Ich war heute in der Ausstellung in der Kulturscheune, die den Hergang und die Besonderheit des Generalstreiks greifbar macht. Es hat mich wirklich unglaublich beeindruckt und berührt, wie schnell die Mössingerinnen und Mössinger am ersten Tag nach der Machtübertragung Widerstand geleistet haben. Und auch, wenn es lange gedauert hat, bin ich froh, dass daran erinnert wird. Mit dem Erinnerungskubus an den Mössinger Generalstreik hat die Stadt Mössingen erstmals einen permanenten Gedenkort errichtet. Das ist ein wichtiges Signal. Es macht deutlich, das Gedenken gehört zur Gemeinde. Und Sie in Mössingen können stolz darauf sein, dass nirgends nichts gewesen ist außer hier! Ich danke dem Löwenstein-Forschungsverein, der die Erinnerung an den Mössinger Generalstreik und an die Familie Löwenstein mit aufrechterhält, der ein besonderes Augenmerk legt auf die Geschichte der Jüdinnen und Juden in Mössingen. Nächste Woche laden Sie zu Veranstaltungen rund um den Löwenstein-Tag 2023 ein. Im Fokus steht Harold Livingston, er wäre im November einhundert Jahre alt geworden. Es ist mir eine Freude, Ihren Forschungsverein morgen ebenfalls zu besuchen.

So wie man den Gedenkkubus von verschiedenen Seiten betrachten kann, so kann man sich auch der Erinnerung von verschiedenen Seiten nähern. Vonseiten der Wissenschaft, oder vonseiten der Kunst, etwa im Theaterstück „Ein Dorf im Widerstand“ des Theaters Lindenhof, oder in den Filmen „Nirgends nichts gewesen außer hier“ und „Widerstand ist Pflicht“. Man kann sich der Erinnerung ebenso politisch nähern oder ganz privat im stillen Gedenken. Vielseitige Formate und Möglichkeiten stehen dafür zur Verfügung. Ich freue mich darauf, dass eine Auswahl dieser Formate und Möglichkeiten heute Abend vorgestellt und diskutiert wird. Herzlichen Dank dafür Frau Dr. Blum, Frau Dr. Mayer und Herr Professor Sannwald.

Die Stützen der Gedenkstättenarbeit in Baden-Württemberg sind die vielen Trägervereine, die mit wenig Hauptamtlichen und einer großen Zahl an Ehrenamtlichen die Erinnerung am Leben halten. Und dabei die Zukunft des Erinnerens mitgestalten. Der Landtag von Baden-Württemberg ist Ihnen dafür zu großem Dank verpflichtet. Und es ist zum Glück nicht beim Dank geblieben. Der Landtag wertschätzt Ihre Arbeit sehr, und er steht fraktionsübergreifend hinter dieser Arbeit. Deshalb hat er in den letzten Jahren die Mittel der Gedenkstättenförderung des Landes kontinuierlich erhöht. Im aktuellen Doppelhaushalt hat der Landtag insbesondere die Unterstützung für die kleinen und mittleren Gedenkstätten und -initiativen verstärkt. Der Landtag und ich wissen aber auch, dass der Bedarf größer ist. Ich kann Ihnen versichern, dass die große Mehrheit des Parlaments daran arbeitet, hier weiter Fortschritte zu erzielen, was ich außerordentlich unterstütze. Eine Förderung erhält beispielsweise der Verein „Ehemalige Synagoge Rexingen“, den ich morgen ebenfalls bei meiner Gedenkstättenreise besuche. Die jüdische Gemeinde in Rexingen wurde von den Nazis vertrieben oder ausgelöscht.

Der Verein erinnert an die jüdische Geschichte des Dorfes. Und an die geglückte Auswanderung einer Gruppe Gemeindemitglieder, die 1938 im damaligen Palästina das Dorf Shavei Zion gründeten. Ein Ort, der mich sehr beeindruckt hat, als wir mit Mitgliedern des Landtags 2018 dort zu Gast waren. Ich danke dem Verein von Herzen für sein Engagement. Ein herzliches Willkommen und vor allem einen Riesendank an Sie alle, liebe Ehren- und Hauptamtliche, die Sie die Gedenkarbeit maßgeblich tragen. Ihr Durchhaltevermögen, Ihre unglaubliche Leidenschaft und Ihre Tatkraft darf ich diese Woche intensiv kennenlernen. Mein Dank gilt außerdem der

Landeszentrale für politische Bildung, für die Förderung und Unterstützung der Gedenkstättenarbeit und für die sehr gute Kooperation mit uns als Landtag.

Liebe Frau Dr. Hammerstein, stellvertretend für die Landeszentrale danke ich Ihnen sehr herzlich! Die Arbeit der Landeszentrale ist vielen von Ihnen hier sehr bekannt. Hervorragend konzipierte Seminare, die wunderbare Website oder die immer informativen Publikationen. Das sind wirklich Schätze der historischen und politischen Bildung. Auch zum Mössinger Generalstreik gibt es sehr informative Arbeitsmaterialien. Zu Mössingen besteht auch eine sehr, man kann fast sagen, persönliche Bindung der Landeszentrale. Bis vor einigen Jahren hatte sie ihren Sitz in einem ehemaligen Wohnhaus der Familie Löwenstein in der Stuttgarter Staffenbergstraße.

Meine Damen und Herren, unsere Demokratie hat nur dann eine Zukunft, wenn das Erinnern eine Zukunft hat. Darum gilt es, sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Darum gilt es, ihre dunkelsten Winkel auszuleuchten. Darum erzählen wir uns als Gesellschaft von den Gräueltaten von einst. Wir erzählen uns davon, weil wir erst dann wirklich verstehen, woher unsere heutigen Werte stammen und dass wir sie mit aller Kraft verteidigen müssen. Unsere Verfassung, unser Grundgesetz, unsere Achtung der Freiheit, der Gleichheit und der Menschenwürde ist eine Antwort auf die Grauen des NS-Terrors. Aber Gesetzestexte alleine können unsere Werte nicht garantieren. Dazu braucht es Zivilcourage. Es braucht Menschen. Menschen, die aufstehen, wenn diese Werte angegriffen werden. Darin besteht unsere Pflicht als mündige Bürgerinnen und mündige Bürger, als Demokratinnen und Demokraten. Die Zukunft des Erinnerns und die Zukunft unserer Demokratie, sie liegen in unser aller Hand!

Mit freundlichen Grüßen  
Irene Scherer, Welf Schröter  
Herausgebende des elektronischen Informationsrundbriefes  
zur Wirkung und Bedeutung der Löwenstein'schen Pausa  
[scherer@talheimer.de](mailto:scherer@talheimer.de)  
[schroeter@talheimer.de](mailto:schroeter@talheimer.de)

### +++ Impressum / Datenschutz

#### **Newsletter bestellen und abbestellen**

Der Bezug des unregelmäßig erscheinenden Informationsrundbriefes ist gebührenfrei. Wir dürfen Sie bitten, diese Mailingliste auch Freunden und Bekannten, Kolleginnen und Kollegen weiter zu empfehlen. Sie können uns gerne weitere E-Mail-Adressen von Interessentinnen und Interessenten zukommen lassen. Wer den elektronischen Rundbrief nicht mehr erhalten will, sende folgenden Text an die Mail-Adresse [schroeter@talheimer.de](mailto:schroeter@talheimer.de):

*Bitte die Adresse .....@..... aus dem Verteiler streichen.*

Postadresse: Löwenstein-Forschungsverein e.V., c/o Irene Scherer, Welf Schröter – Herausgebende –, Rietsweg 2, D-72116 Mössingen-Talheim, fax 07473-24166, Telefon mit Anrufbeantworter 07473-22750. Zahl der Bezieher/innen des Newsletters am 25.07.2023: 355.

#### **Datenschutz**

Die Redaktion des „Elektronischen Informationsrundbriefs zur Wirkung und Bedeutung der Löwenstein'schen Pausa“ nimmt den Schutz und die Sicherheit der persönlichen Daten der Newsletter-BezieherInnen sehr ernst. Der Rundbrief stellt eine ideelle kostenfreie und nichtkommerzielle Information dar. Elektronisch wird ausschließlich die Mail-Adresse verarbeitet. Namen, Adressen oder ähnliche Angaben werden elektronisch nicht in die Mailingliste aufgenommen. Die Mailadressen dienen ausschließlich der Zweckbindung des Newsletterversandes. Die Löschung der Mail-Adresse aus dem Mailverteiler ist zu jeder Zeit auf Wunsch möglich. Die Aufnahme der Mailadresse in den Mailverteiler erfolgt auf proaktiven Wunsch per E-Mail oder durch Eintragung in eine papierene Liste im Rahmen von Veranstaltungen oder Vorträgen. Die Mailadressen werden nicht an Dritte weitergeleitet. Die Mailadressen werden nicht

mit Social Media-Anwendungen verknüpft. Es finden keine weiteren Auswertungen der Daten statt. Die technische Verwendung der Mailadresse erfolgt mit Hilfe der Software „Mailman“, die in gesicherter Umgebung des Providers technisch gepflegt wird. Ein Auftragsverarbeitungsvertrag nach BDSG und eine spezielle TOM-Liste (technisch-operative Maßnahmen) regeln die Details. Zugriff auf die Mailingliste haben ausschließlich die Herausgeber des Newsletters. In technischen Notfällen kann der technische Administrator des Providers die Daten sichern. Die Dokumentation der Mail-Adressen erfolgt durch eine Sicherheitskopie der gesamten Mailingliste.